

„Wir wollen lernen“

SPIEGEL-Interview mit DDR-Regionalminister Manfred Preiß über die Gründung der Länder

Der Diplom-Jurist Preiß, 52, ist Mitglied der DDR-Liberalen und seit Mitte April Minister für Regionale und Kommunale Angelegenheiten in Ost-Berlin.

SPIEGEL: Herr Minister, die DDR wird vom Jahresbeginn 1991 an wieder, wie vor 1952, aus fünf Ländern bestehen. Das ist so, als würde Nordrhein-Westfalen in fünf Stücke gehackt. Ein Rückfall in die Kleinstaaterie?

PREISS: Wir wissen, daß diese fünf Länder – gemessen an zukünftigen europäischen Dimensionen – nicht die vernünftigste Lösung sind.

SPIEGEL: Im vereinten Deutschland gehören diese fünf Länder – Mecklenburg, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt – dann zu den kleinsten.

PREISS: Ich gebe Ihnen ja recht. Aber unser Vorschlag hat auch bei den verantwortlichen Politikern der Bundesrepublik Verständnis gefunden, weil er das im Moment Machbare ist. Wir haben im Kabinett auch über eine Vier-Länder-Variante diskutiert, sogar über eine Drei-Länder-Variante, ohne damit groß an die Öffentlichkeit zu gehen. Die ersten Äußerungen in der Bevölkerung über vier Länder haben jedoch gezeigt, daß dies nicht durchsetzbar ist.

SPIEGEL: Wer hat da die Notbremse gezogen? Ministerpräsident Lothar de Maizière?

PREISS: Uns haben Tausende von Protestbriefen erreicht, die Notbremse ist

von der Bevölkerung gezogen worden. Deshalb haben wir uns, in Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten, für die Fünfer-Lösung entschieden. Wenn wir nur vier oder drei Länder vorschlagen würden, hätten wir die Menschen auf der Straße. Andererseits ist es ja auch erfreulich, daß die 40 Jahre Machtherrschaft der SED es nicht geschafft haben, das Heimatgefühl und das Zugehörigkeitsgefühl zu bestimmten Regionen aus den Köpfen der Menschen auszutreiben.

SPIEGEL: Wie lange werden die künftigen Länder in der geplanten Form bestehen können?

PREISS: Für die nächsten zwei, drei Jahre bestimmt. Genaueres läßt sich dazu jetzt nicht sagen.

SPIEGEL: Es ist eine alte Erfahrung im Föderalismus, daß Länder, sind sie erst einmal installiert, so schnell nicht wieder aufgelöst werden können. In der Bundesrepublik wird seit Jahrzehnten erfolglos darüber palavert, wie sich Länder von einigermaßen gleicher Größe und Wirtschaftskraft schaffen lassen. Verpassen Sie hier nicht, aus Angst vor Unmut in Teilen der DDR-Bevölkerung, eine historische Chance?

PREISS: Ich habe keine Angst vor der Bevölkerung. Aber die Menschen besitzen jetzt ein großes Selbstbewußtsein und das neue Gefühl, etwas selbst zu bestimmen – zum Teil auch gegen die Vernunft. Die Emotionen kann man einfach nicht übersehen.

SPIEGEL: Sie wollen die Stellung der Länder gegenüber der Zentralregierung stärken. Sollen die Länder auf dem Gebiet der jetzigen DDR mehr Rechte bekommen als die in der Bundesrepublik?

PREISS: Nein, aber ich habe auch die Bemerkungen der Sieger der beiden Landtagswahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gehört, daß die Länder in der Bundesrepublik mehr mitreden möchten. Wir wollen aus den Erfahrungen in der Bundesrepublik lernen, andererseits wollen wir das, was sich als nicht ganz positiv herausgestellt hat, nicht übernehmen. Ein Beispiel: Die Bundesrepublik hat in elf Bundesländern verschiedene Kommunalverfassungen. Wir lehnen uns mit unserer



Neuordner Preiß: „Soviel Macht wie möglich“





Demonstrierende Sachsen-Fans (in Leipzig): „Die Bevölkerung hat die Notbremse gezogen“

Kommunalverfassung nicht an ein einzelnes Bundesland an, sondern wir wollen das, was sich bewährt hat, bündeln, damit zumindest in den fünf Ländern der DDR soviel wie möglich einheitlich ist.

SPIEGEL: Das klingt eher nach neuem Zentralismus als nach einer Stärkung der Länder.

PREISS: Wir wollen soviel Macht wie möglich in den neuen Ländern installieren. Wir wollen den Ländern soviel Verantwortung wie möglich geben und von oben nur das „dirigieren“ – um dieses fürchterliche Wort zu gebrauchen –, was über Ländergrenzen hinaus unbedingt notwendig ist, also zum Beispiel Eisenbahn und auswärtige Beziehungen.

SPIEGEL: Die Länder können Aufgaben für sich doch erst dann reklamieren, wenn die Finanzierung geregelt ist. Wie soll etwa ein schwachbrüstiges Land wie Mecklenburg Hochschulen, Theater und eine eigene Polizei bezahlen?

PREISS: Das wird so ähnlich laufen müssen wie in der Bundesrepublik. Wir haben eine ähnliche Situation, nämlich ein wirtschaftliches Süd-Nord-Gefälle. Vor allem in Sachsen und auch in Thüringen ist weit mehr Industrie angesiedelt und damit größere Steuerkraft vorhanden als im Norden. Und es wird auch bei uns nicht ohne Finanzausgleich zwischen den Ländern gehen.

SPIEGEL: Vor allem wird das Geld vom Westen in den Osten fließen müssen. Das löst bei den Ländern in der Bundesrepublik, die bisher aus dem Ausgleichs-

fonds bedient werden, nicht gerade Begeisterung aus.

PREISS: Selbst neben diesen Empfängerländern ist die DDR als Ganzes ein wirtschaftlich armes Land. Wir werden Hilfe aus den Ländern der Bundesrepublik benötigen.

SPIEGEL: Fünf Mini-Länder sind zwangsläufig finanzschwach und müssen auf lange Sicht am Tropf bleiben. Wollen Sie mit dieser Politik auch den West-Ost-Finanzausgleich verewigen?

PREISS: Das ist eine böse Unterstellung. Die ganze DDR ist in einer schrecklichen wirtschaftlichen Situation, und es ist für uns sehr schwer, die Strukturen zu schaffen, die ein Land haben muß, um selbst funktionstüchtig zu sein und wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen zu können. Das wird eine begrenzte Zeit in Anspruch nehmen. Der Gedanke „Nun komm rüber, Bundesrepublik, weil wir arm sind!“ steckt bestimmt nicht dahinter. Aber genau diese Situation veranlaßt mich zu bemerken, daß auch ich für eine schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten bin, daß ich aber überstürzte gesamtdeutsche Wahlen, über die zur Zeit im Gefolge von Wahlergebnissen in der BRD diskutiert wird, im Augenblick für nicht dienlich halte.

SPIEGEL: Das heißt: Sie sind gegen einen Wahltermin am 2. Dezember.

PREISS: Ja, ich halte ihn für zu früh.

SPIEGEL: Sollen die DDR-Länder, wenn sie gegründet sind, Sitze im Bundesrat bekommen oder in Berlin eine eigene DDR-Länderkammer bilden?



Sächsische Orts-Taufe
„Großes Selbstbewußtsein“

PREISS: Wir gehen natürlich davon aus, daß Berlin Hauptstadt wird. Darauf arbeiten wir hin. Sicherlich wird das nicht ad hoc geschehen, daß man in Bonn zuschließt und alle ziehen nach Berlin. Ich könnte mir aber vorstellen, daß der Bundesrat nach Berlin kommt, mit dem sich eine DDR-Länderkammer, wenn sie denn überhaupt noch gebildet wird, dann vereinigt.

SPIEGEL: Was könnte noch nach Berlin kommen?

PREISS: Zentrale Bundesbehörden, vielleicht auch der Bundespräsident. Aber Bonn könnte zunächst Regierungs-

sitz bleiben. Das Parlament käme dann nach den gesamtdeutschen Wahlen.

SPIEGEL: Was geschieht eigentlich mit Berlin, ob Hauptstadt oder nicht, bei der Länderbildung?

PREISS: Wir gehen davon aus, daß mit der Länderbildung, die mit den Landtagswahlen in diesem Herbst abgeschlossen wird, ein einheitliches Berlin noch nicht hergestellt werden kann. Im Ländereinführungsgesetz wird festgelegt, daß dieser Teil Berlins, die Hauptstadt der DDR, mit einem Sonderstatus und Landesbefugnissen versehen wird. Wir gehen davon aus, daß sich im Zuge der Vereinigung Deutschlands dann auch Berlin vereinigt. Und es muß dann eine zweite Entscheidung getroffen werden, die wir nicht vorwegnehmen wollen: ob Berlin ein Land für sich bildet oder ein Bestandteil Brandenburgs wird.

SPIEGEL: Und was schlagen Sie vor?

PREISS: Wenn ich die Erfahrungen aus der Bundesrepublik mit den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sehe, dann sollte Berlin als Stadt nicht alleingelassen werden. Sie braucht ein Umfeld.

SPIEGEL: Die Hauptstadt dieses Landes Brandenburg wäre dann aber Potsdam und nicht Berlin?

PREISS: Ich werde mich noch nicht so festlegen, ob Berlin die Hauptstadt von Berlin-Brandenburg wird oder nicht.

SPIEGEL: Die Neuordnung hat ja auch in anderen Teilen der DDR schon viel Streit ausgelöst, wer den Regierungssitz im jeweiligen Land haben soll: Schwerin oder Rostock für Mecklenburg, Magdeburg oder Halle für Sachsen-Anhalt, Leipzig oder Dresden für Sachsen.

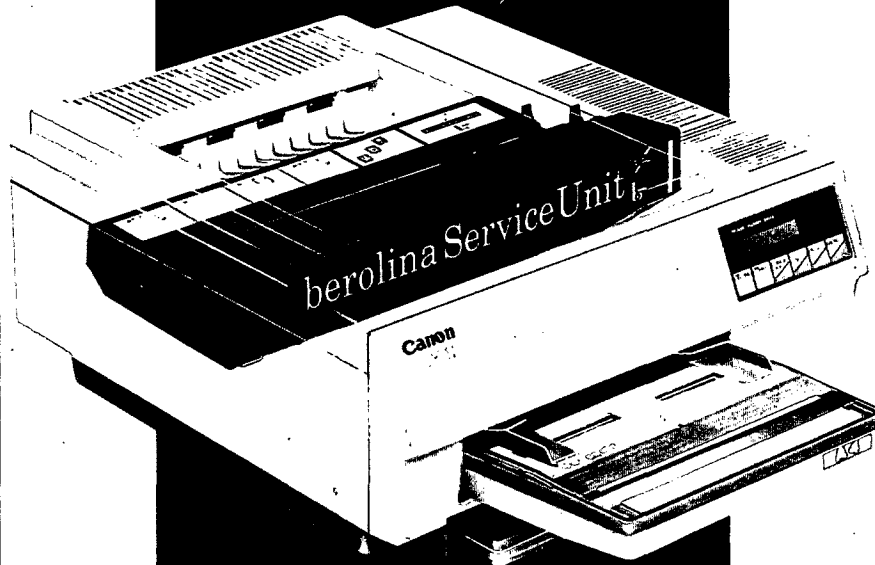
PREISS: Für Sachsen ist das ziemlich eindeutig. Ich glaube, da hat man sich für Dresden entschieden. Viele Leipziger träumen eher von einer Freien Stadt, was ich für ziemlich abwegig halte. In Thüringen ist die Hauptstadt-Frage wohl zugunsten Erfurts entschieden. Und ich denke auch, daß Potsdam die Hauptstadt von Brandenburg ist.

SPIEGEL: Aber in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg geht's hoch her.

PREISS: Mit Magdeburg habe ich persönlich große Schwierigkeiten. Viele Magdeburger meinen: Wenn wir einen Minister aus Magdeburg haben, gibt es da keine Diskussionen, Magdeburg wird Hauptstadt. Ich bekomme sogar Drohbriefe deshalb. In Mecklenburg ist es noch ein bißchen schlimmer. Da hat die Stadtverordnetenversammlung Schwerin für sich beschlossen, daß Schwerin Landeshauptstadt ist, und die Stadtverordnetenversammlung Rostock hat beschlossen, daß Rostock Landeshauptstadt ist. Fest steht: Die Regierung wird das nicht bestimmen. Das muß das zukünftige Landesparlament tun. Wenn man sich dort nicht einigt, muß man die Bürger befragen. ◀

Hier geht es um Ihr Schriftbild

Statt 5^{1/2} Wegwerf-Kartuschen nur noch eine wartungsfähige Service-Unit*)



Sie sparen Geld.
Sie verbessern Ihr Schriftbild.
Sie verhalten sich umweltbewußt.

*) Für Canon, HP, QMS, Apple, Brother und andere kompatible Drucker.

A · C · H · T · U · N · G

Weitere Informationen, vor allem über in Frage kommende Druckersysteme, erfahren Sie zum Ortstarif:

0130/ 3445



berolina Schriftbild · Postfach 46 04 29 · 1000 Berlin 46

SP 23/90

TRANS  **ATLANTIK**

Das Kulturmagazin

Erscheint monatlich.

Erhältlich im Bahnhofsbuchhandel und bei ausgewählten Zeitschriftenhändlern.